

**Oberkommandierenden und Stipe Mesic** als Vorsitzenden dieses höchsten Staatsgremiums *anerkannt*. Die slowenische Territorialverteidigung habe «skrupellos und massiv» auf die Einheiten der Bundesarmee geschossen. Dabei seien auch Dum-Dum-Geschosse eingesetzt worden. Die Armee habe nur zur Selbstverteidigung das Feuer erwidert. Auf die Frage, warum sich die Armee in Kroatien nicht in die Kasernen zurückziehe, antwortete Raseta, dass es in einem solchen Falle zu einem Krieg zwischen Serben und Kroaten käme. Die Armee, die gegenwärtig in einigen Ortschaften Ostslawoniens und der «Krajin» sowie im Park von Plitvice im Einsatz sei, bilde dort lediglich einen Puffer, um weitere Zusammenstöße zwischen Angehörigen der beiden Volksgemeinschaften zu verhindern.

**Ljubljana verweigert den Gehorsam**

**Ljubljana, 4. Juli. (ap)** Der slowenische Informationsminister Kacin hat das Ultimatum des jugoslawischen Staatspräsidiums zurückgewiesen. Insbesondere die Rückgabe der Zollkontrollen an Bundesdienststellen sei ausgeschlossen, sagte er am Donnerstagabend an einer Pressekonferenz in Ljubljana. Kacin sagte: «Wie es unmöglich ist, die Toten wieder zum Leben zu erwecken, so ist es auch unmöglich, die Situation wiederherzustellen, wie sie in **Slowenien** bestanden hat.» Er lehnte auch die ebenfalls von Belgrad geforderte Rückgabe der von der slowenischen Miliz erbeuteten Waffen der jugoslawischen Bundesarmee ab und erklärte, der Wert der Waffen solle mit dem Einsatz der Armee gegen **Slowenien** entstandenen Kriegsschäden verrechnet werden. Ferner verwies er darauf, dass auch die Armee Waffen von der Miliz erbeutet habe.

**Neue Kriegsdrohung der Arme**

**Belgrad, 4. Juli. (ap)** Die jugoslawische Armeeführung hat **Slowenien** am Donnerstag erneut mit Krieg gedroht. Radio Ljubljana verbreitete am Mittag eine *Verlautbarung* des für **Slowenien** und weite Teile Kroatiens zuständigen 5. Militärbezirks, wonach Soldaten weiter von slowenischen Milizen «*misshandelt*» würden. Dies bedeute die «*reale Möglichkeit*» von Militäroperationen grossen Ausmasses.

**Serbische Vorwürfe an Bonn**

**Belgrad, 4. Juli. (dpa)** In der serbischen Öffentlichkeit wird Deutschland vorgeworfen, Jugoslawien zerschlagen zu wollen, um ein von ihm beherrschtes Europa errichten zu können. Der Jurist **Budimir Kosutic**, der als Sprachrohr des serbischen Präsidenten Milosevic gilt, erklärte am Donnerstag in der Zeitung «*Politika Ekspres*» zu den Bonner Diskussionen um eine sofortige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, Ziel der Deutschen sei «*eine neue Architektur Europas*, in dessen Zentrum das *wiedervereinigte Deutschland* stehe». Eine solche Entwicklung vermindere die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Sicherheitskonferenz, schrieb Kosutic in dem Bericht unter dem Titel «*Der blutige Plan*». «Um Deutschland werden sich dann die Länder versammeln, die auch Verbündete des faschistischen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg gewesen sind.»

Unter die ersten Länder, die zerstört werden müssten, falle Jugoslawien. Der entscheidende Schlag sei gegen das serbische Volk gerichtet, erklärte Kosutic weiter. Der *Geist des Nationalsozialismus* und extremen Nationalismus wachse in Deutschland und Österreich besorgniserregend. Ihre Verbündeten in **Slowenien** und Kroatien bemühen sich, ja nicht hinter dieser Entwicklung zurückzubleiben, heisst es in «*Politika Ekspres*» weiter.

Auch die auflagenstärkste serbische Zeitung, die in Belgrad erscheinende «*Vecernje novosti*» schliesst sich diesem Standpunkt an. «Deutschland strebe immer nach Osten, aber auch nach Süden und dem Südosten», heisst es im Leitartikel dieses Blattes. «Österreich und Deutschland bemühen sich, so oder so zu den Häfen und Küsten der Adria zu gelangen.»

(Weiteres auf Seiten 3 und 4)

**Keine Einigung im iranisch-französischen Finanzstreit**

**Teheran-Besuch Präsident Mitterrands im nächsten Herbst**

**Paris, 4. Juli. (ap)** Der iranische Aussenminister *Velayati* hat am Donnerstag einen dreitägigen Besuch in Paris beendet, ohne dass es zur Regelung eines seit Jahren offenen Finanzstreits zwischen Frankreich und Iran gekommen ist. Der Sprecher des französischen Aussenministeriums gab bekannt, es sei in dieser Phase noch nicht möglich gewesen, zu einem definitiven Abschluss zu gelangen; die Verhandlungen würden jedoch *fortgesetzt*. Französische Regierungsbeamte wiesen darauf hin, dass Präsident Mitterrand dennoch die Absicht habe, im Herbst Iran einen Besuch abzustatten. Im Jahre 1974, noch zu Zeiten des Schah-Regimes, hatte Iran Frankreich einen Kredit für das Urankonsortium Eurodif in der Höhe von einer Milliarde Dollar gewährt. Frankreich hat nach dem Sturz des Schahs an Teheran 630 Millionen Dollar zurückbezahlt. Iran verlangt noch ausstehende Zinsen, während Frankreich Entschädigung für Wirtschaftsverträge verlangt, die von Iran nach der Revolution einseitig aufgekündigt worden waren.

**Austritt Schewardnadses aus der KPdSU**  
**Uneinigkeit unter den sowjetischen Oppositionsgruppen**

Der frühere sowjetische Aussenminister Schewardnadse ist aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Er will sich nach eigenem Bekunden in Zukunft vermehrt dem Aufbau alternativer politischer Strukturen in der Sowjetunion widmen. In Oppositionskreisen herrscht über den einzuschlagenden Weg keine Einigkeit.

U. Sd. Moskau, 4. Juli

Der frühere sowjetische Aussenminister Schewardnadse verlässt die Kommunistische Partei der Sowjetunion. In einer Erklärung, die am Donnerstag morgen von der Nachrichtenagentur Interfax verbreitet wurde, begründete Schewardnadse seinen Entschluss damit, dass er vor der *Kontrollkommission* der KPdSU hätte erscheinen müssen, um über seine wiederholt geäußerten Appelle zur Gründung einer neuen, oppositionellen Partei Rechenschaft abzulegen. Er sei überzeugt, schrieb Schewardnadse, dass er sich wegen solcher Aufrufe vor niemandem rechtfertigen müsste. Die Partei habe indes reagiert wie in allen Zeiten und beschlossene, eine inquisitorische Untersuchung mit unklaren Zielen und nicht festgelegten Prozeduren durchzuführen. Vor einem solchen «*Schandgericht*» werde er nicht erscheinen.

**Ein beliebter Politiker**

Schewardnadses Austritt kommt nicht als Überraschung. Als ein Politiker, der sich mit den Konservativen der Partei schon einige Zeit in aller Schärfe angelegt und wiederholt die Gründung einer unionsweit agierenden demokratischen Oppositionspartei vorgeschlagen hat, konnte er kein starkes Interesse an einem Verbleib in der KPdSU haben. Der Georgier gehört zudem zu jenen Politikern, die Ende der vergangenen Woche die Bewegung für die Vereinigung der Kräfte der Demokratie und der Reformen ins Leben gerufen haben.

Für die Kommunistische Partei, vor allem aber für *Gorbatschew*, ist das Ausscheiden Schewardnadses ein weiterer, schwerer Schlag. Der immer human und bescheiden auftretende ehemalige Aussenminister ist hier recht populär; dass er der Partei im Zorn den Rücken kehrt, wird seinen Beliebtheitsgrad ansteigen lassen und Gorbatschew, dem Generalsekretär dieser Partei, zum Schaden gereichen. Schon der Rücktritt Schewardnadses vom Amt des Aussenministers hatte Gorbatschew, offensichtlich unvorbereitet, schwer getroffen. Nun will sich Schewardnadse ganz in den Dienst der oppositionellen Demokratiebewegungen stellen.

**Konflikt hinter Floskeln**

Zu einer einheitlichen Strategie hat die Opposition allerdings noch nicht finden können. Die Bewegung zur Vereinigung der Kräfte der Demokratie und der Reformen will erst im September darüber entscheiden, ob sie sich als reguläre politische Partei konstituieren soll, und ihre Ziele sind vorläufig erst in Umrissen zu erkennen. An einer Pressekonferenz am Dienstag, an der neben Schewardnadse auch die Bürgermeister von Moskau und Leningrad, *Popow* und *Sobtschak*, teilnahmen, war sehr allgemein die Rede davon, man wolle die Demokratie retten, radikale politische und wirtschaftliche Reformen durchsetzen und die Gefahr einer Diktatur und der Rückkehr zu einem totalitären Regime abwenden. Hinter diesen vagen Formulierungen verbirgt sich ein Konflikt: die Frage, ob die neue Bewegung Mitgliedern anderer Parteien, vor allem natürlich der Kommunistischen, offenstehen soll. Gewonnen haben vorläufig diejenigen, die es für richtig halten, «*Kommunisten, die an Demokratie und Fortschritt glauben*», wie sich Sobtschak ausdrückte, aufzunehmen.

Diese Sicht der Dinge schmeckt jenen nicht, die für klare Verhältnisse eintreten. Der Führer der Demokratischen Partei Russlands, *Nikolai Trawkin*, kann in einer weiteren Demokratiebewegung keinen Sinn erkennen und plädiert für die baldige Gründung einer starken Partei auf Unionsebene. Seine Partei werde der neuen Gruppierung nicht beitreten, meinte Trawkin, sondern auf eigene Faust versuchen, eine vereinigte – also unionsweit agierende – demokratische Organisation ins Leben zu rufen. Unterstützt wurde der Appell Trawkins von den Demokratischen Parteien Tadschikistans und Turkmenistans sowie von einigen Mitgliedern der Republikaner und der Sozialdemokraten.

**Verschwörungstheorien**

Die im demokratischen Lager oft geäußerte Ansicht, dass sich unter Einbezug von Kommunisten die Oppositionsbewegung in eine heterogene, harmlose und letztlich eine Hinwendung zum Pluralismus eher behindernde Kraft verwandeln könnte, ist nicht von der Hand zu weisen, die Vermischung von politischen Begriffen, die hierzulande die intellektuelle Auseinandersetzung prägt und die von Präsident Gorbatschew nicht nur mitgetragen, sondern aktiv gefördert wird, flände in der neuen Bewegung ihre physische Entsprechung. Das kommunistische System ist nur überwindbar, nicht reformierbar – eine von Reformkommunisten entscheidend geprägte Opposition brächte kaum mehr die für eine wirkliche Wende nötige Radikalität auf. Zwar muss man deswegen nicht annehmen, wie das gewisse Demokraten tun, hinter der neuen Bewegung stehe niemand anders als die KP, auch wenn auffallend ist, wie viele Kommunisten bei den Gründungstreffen dabei waren. Zu verzeichnen ist dennoch, dass der Sprecher Gorbatschews, *Igna-*

*tenko*, die neugegründete Bewegung in einer ersten Reaktion als einen positiven Faktor bezeichnete.

So viel Lob von unberufener Seite macht stutzig. Die «*Komsomolskaja Prawda*» erinnert daran, dass schon eine demokratische Bewegung – Demokratisches Russland – existiert, und bezeichnet die Wirren um die neue Bewegung als Palastintrigen, geeignet, der wirklich demokratischen Sache zu schaden.

Doch es geht gar nicht nur um Ideen und Ideale. Wichtiger ist, dass die Kommunistische Partei etwas besitzt, was andere Parteien noch nicht oder erst in verschwindend geringem Mass besitzen: *Geld*, Organisationsstrukturen, Beziehungen, Wissen, Macht. Nicht jeder Kommunist verlässt eine Partei mit derartigem Potential gerne; im Schosse der KP zu politisieren birgt noch immer unendliche Vorteile, nicht zuletzt materielle. Verliessen jetzt die Reformen die Partei zuhauf, so überantworteten sie den Konservativen ein kolossales Erbe, ein Erbe, mit dem dem Land und seiner Entwicklung zur Demokratie schwerer Schaden zugefügt werden könnte. Vorläufig wird der Kampf darum noch innerhalb der Partei geführt: Von den Zuständen in Deutschland, wo SED und PDS von einer demokratischen Justiz Teilen ihrer Schätze entledigt wurden, ist man in einem Land, in dem Partei und Staat nach wie vor fast dasselbe sind, noch weit entfernt.

**Schlag gegen die Guerilla auf den Philippinen**

**Einnahme des Hauptquartiers durch die Arme**

**Manila, 4. Juli. (ap)** Die philippinischen Regierungstreikräfte haben am Donnerstag nach vier-tägigen Kämpfen das militärische Hauptquartier der kommunistischen Rebellen eingenommen. Wie General *Lisandro Abadia*, der Chef des philippinischen Generalstabs, am Donnerstag mitteilte, wurden bei den Kämpfen um das 270 Kilometer nördlich von Manila in der Stadt *Sagada* gelegene Lager zehn Widerstandskämpfer und drei Regierungssoldaten getötet. In dem Hauptquartier der kommunistischen Neuen Volksarmee war das Generalkommando der Rebellen untergebracht.

Bei einer anderen Aktion der Regierungstruppen gegen die kommunistischen Guerillas seien am Donnerstag vier Rebellen getötet worden, teilte Oberst *Raul Urgillo* mit. Ein Informant habe die Toten als Beteiligte an einer Entführung eines Japaners im vergangenen Jahr identifiziert, sagte er. Der Japaner war nach zweimonatiger Gefangenschaft freigelassen worden.

**Spanisch-marokkanisches Freundschaftsabkommen**

**Rabat, 4. Juli. (dpa)** Die Regierungschefs Marokkos und Spaniens, *Azzeddine Laraki* und *Felipe Gonzalez*, haben am Donnerstag in Rabat ein Abkommen über «*Freundschaft, Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen*» unterzeichnet. An der Zeremonie nahmen auch die Könige *Hassan II.* und *Juan Carlos* teil. Es ist der erste Vertrag dieser Art, den Madrid mit einem arabischen Land schliesst.

**Zuspitzung der Hungersnot im Ostsudän**

**Angaben des Roten Kreuzes**

**awy.** Im sudanesischen Sahel hat sich, von der Weltöffentlichkeit wenig beachtet, die Hungersituation derart zugespitzt, dass die Katastrophe von 1983/84 noch übertroffen werden dürfte. Diesen Eindruck gewann *Benno Glaser* vom Schweizerischen Roten Kreuz auf einer Erkundungsreise in der Provinz Red Sea Hills, im Gebiet zwischen der Oasenstadt Kassala und Port Sudan am Roten Meer. An einer Pressekonferenz in Bern berichtete er, dass die halbnomadische Bevölkerung (zirka eine halbe Million) nach zwei Dürrejahren ihr Saatgetreide aufgezehrt und die Haustiere geschlachtet habe.

**Hilfe aus dem Ausland**

In den Marktflöcken entlang der Strasse und der Eisenbahnlinie strömten heute Mengen von unterernährten Menschen zusammen, die alle Ressourcen restlos aufgebraucht und daher ihre *Heimstätten* im Landesinnern verlassen hätten. In einigen Ortschaften sei wegen des zusätzlichen Bedarfs der Zuwanderer die Wasserversorgung gefährdet. Angesichts der vollständigen Erschöpfung aller Reserven sei ein Andauern der Notlage vorauszusetzen. Auch bei günstigen klimatischen Voraussetzungen würde die hungerleidende Bevölkerung noch während zweier bis dreier Jahre von ausländischer Hilfe abhängig bleiben.

Derzeit sind, zusammen mit der Welternährungsorganisation, private Hilfswerke aus verschiedenen Ländern und die Liga vom Roten Kreuz im Dürregebiet präsent. Ihre Tätigkeit wird von den sudanesischen Behörden koordiniert,

**Albaniens Regierungschef in Rom**

**Italien als bevorzugter Partner**

R. St. Rom, 4. Juli

Der albanische Ministerpräsident *Ilir Buqi* hat, begleitet von einer grossen Regierungsdelegation, Rom einen Besuch abgestattet. Im Zentrum der Gespräche standen die Frage der albanischen Flüchtlinge in Italien, die Förderung des albanischen Aussenhandels sowie der albanischen Wirtschaft im allgemeinen. Aussenminister Kapllani fixierte mit seinem Ressortkollegen De Micheli die Bedingungen für einen *Kredit über 30 Milliarden Lire*, mit dem von Tirana dringend benötigte Importe bezahlt werden sollen. Über den Modus und die Fristen der Rückführung eines Teils der albanischen Emigranten in ihre Heimat wurde bisher nichts bekannt.

Die für Immigrationsfragen zuständige Ministerin *Boniver* hatte letzte Woche eine Fristenstreckung zwecks Klärung der vielen noch nicht entschiedenen Fälle verlangt. Zunächst war vorgesehen, dass alle Albaner, die bis zum 15. Juli keine Anstellung gefunden hätten, Italien verlassen müssten. Ausgenommen davon wäre nur eine kleine Gruppe von etwa 200 Menschen, deren Gesuche um *politisches Asyl* akzeptiert worden sind. Das ist weniger als ein Prozent der Gesamtzahl der sich in Italien aufhaltenden Skiptetaren. Erst vor zwei Wochen hat jedoch die «*Kapillare*» Aufteilung der Emigranten auf ganz Italien begonnen, und ihre Durchführung ist keinesfalls Mitte Juli abgeschlossen.

**Grosse Erwartungen**

Ministerpräsident Buqi unterstrich den Willen seiner Regierung zu weiterer Öffnung und Demokratisierung Albanien. Er dankte der Bevölkerung Italiens für die den geflüchteten Landsleuten gewährte Hilfe. Nach dem Willen Tiranas soll Italien weiterhin der hauptsächlichste Partner bei der Wandlung der während fast fünf Jahrzehnten abgeriegelten Volksrepublik in einen modernen Staat bleiben. Die *Hoffnungen*, die man sich an der Ostseite der Adria in bezug auf die realen Entwicklungschancen macht, erscheinen freilich übertrieben. Wirtschaftsminister Pasko, Mitgründer der Demokratischen Partei, spricht in Anlehnung an Taiwan und Hongkong von der Schaffung einer grossen zollfreien Zone, mit der westliches Kapital angelockt werden soll. Dazu fehlen in Albanien zurzeit nicht nur die notwendigen Strukturen, sondern auch die Menschen, die in der Lage sind, ein solches Finanz-, Handels- und Dienstleistungszentrum zu betreiben. Es ist zu hoffen, dass die westlichen Gesprächspartner bei den albanischen Neuern nicht völlig irrealen Erwartungen erzeuhen.

allerdings zum Teil ineffizient. So bleiben laut Glaser wegen bürokratischer Hindernisse Gaudredelieferungen zu lange in Port Sudan liegen, bevor sie ins Krisengebiet gelangen. Die Verteilung am Ort funktioniere dann aber gut. Verteilt wird hauptsächlich *Weizen* aus den USA, ungeachtet der Tatsache, dass die Wüstenbewohner Hirse-Esser sind. Für diese ist Weizen keine vollwertige Ersatznahrung, zumal er fäulnis zubereitet wird, mit zuviel Salz. Laut Glaser zeigt sich an diesem Beispiel einmal mehr, dass sich Hilfe oft eher nach den Bedürfnissen der Geber als denen der Empfänger richtet.

**Auswirkungen des Äthiopien-Konflikts**

Glaser unterstrich auch, dass ausser klimatischen politischen Faktoren zur gegenwärtigen Hungerkatastrophe beigetragen haben. Die Situation im Gebiet nahe an der äthiopischen Grenze wird zusätzlich erschwert durch den Konflikt um Eritrea. Ende Mai setzten sich 70 000 äthiopische Soldaten in den Sudan ab. Sie wurden entwaffnet und halten sich jetzt in einem grossen Lager auf. Das SRK bemüht sich hier, von seiner ständigen Station in Kassala aus, um die medizinische Versorgung der Internierten. Deren Repatriierung ist beschlossen, dürfte aber noch einige Monate in Anspruch nehmen. An eine Rückwanderung der eritreischen *Zivilflüchtlinge* – 25 000 halten sich allein im Lager des SRK auf – ist nicht zu denken, solange die politische Situation in ihrer Heimat nicht bereinigt ist.

**Kurzmeldungen**

Selbstmord eines tamilischen Terroristen. Der führende Sprengstoffexperte der Befreiungsbewegung von Tamil Elalam (LTEE) in Sri Lanka, der *Tamilé Varathan*, hat am Mittwoch Selbstmord begangen, um nicht in die Hände der Polizei zu geraten. Nach amtlichen Angaben vom Donnerstag schluckte der 32jährige Terrorist *Zyan-kali*, als die Sicherheitskräfte ihn in Udappussellawa im Zentrum der Insel festnehmen wollten. Varathan wurde für den jüngsten Bombenanschlag auf das Militärhauptquartier in der Hauptstadt Colombo verantwortlich gemacht, bei dem 21 Menschen umgekommen waren. Die Behörden hatten eine Million Rupien (etwa 40 000 Franken) Belohnung auf seinen Kopf gesetzt. (apf)

**Anzeigen-Überblick**

Anleiheprospekte	Galerien/	
Newfoundland	11 Antiquitäten	14, 16
Commerzbank	26 Liegenschaften	60-90
Dienstleistungen	12 Stellen	28-31, 50-58
Fahrzeugmarkt	20, 22, 25 Theater	16
Informatik	15 Konzerte	16
Kapital	15, 41/42, 48	
Kino	14 Todesanzeigen	27